

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXII
Kommentare zum Grundgesetz .....	XXIV
Teil I: Grundlagen .....	1
A. Staatsrecht als Rechtsgebiet .....	1
§ 1 Die Rechtsordnung der Bundesrepublik Deutschland .....	1
§ 2 Staat und Staatsrecht .....	2
§ 3 Verfassung und Verfassungsrecht .....	3
§ 4 Staatsrecht und Verfassungsrecht .....	5
B. Deutsche Verfassungsgeschichte im Überblick .....	6
§ 5 Die Zeit vor 1848 .....	6
§ 6 Die sog. Paulskirchenverfassung von 1848/1849 .....	7
§ 7 Der Norddeutsche Bund .....	8
§ 8 Das Deutsche Reich und die Reichsverfassung von 1871 .....	9
§ 9 Die Weimarer Reichsverfassung .....	10
§ 10 Die Zeit des Nationalsozialismus .....	14
§ 11 Besatzungszeit und Grundgesetz. ....	16
C. Das Grundgesetz und seine Geltung .....	18
§ 12 Überblick: Aufbau und Inhalt des Grundgesetzes. ....	18
§ 13 Der zeitliche Geltungsbereich. ....	20
I. Der Ewigkeitsanspruch von Verfassungen .....	21
II. Die Unterscheidung von Verfassungsgebung und Verfassungs- änderung. ....	21
III. Die Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes in Art. 79 Abs. 3 GG. ....	22
1. Funktion der Ewigkeitsgarantie. ....	23
2. Inhalt der Ewigkeitsgarantie .....	23
IV. Die besondere Funktion von Art. 146 GG. ....	24
§ 14 Der funktionale Geltungsbereich .....	25
I. Staatsgewalt. ....	25
II. Staatsgebiet .....	26
1. Umfang des Staatsgebiets .....	26
2. Gebietshoheit .....	27
3. Staatsgebiet des Grundgesetzes .....	27
III. Staatsvolk .....	28
	VII

## Inhaltsverzeichnis

1. Grundprinzipien der Erlangung der Staatsangehörigkeit. . . .	28
a) Originärer Erwerb . . . . .	29
b) Derivativer Erwerb . . . . .	29
2. Der Begriff des Staatsvolks im Grundgesetz . . . . .	29
3. Staatsangehörigkeit und die Geltung des Grundgesetzes. . . .	30
IV. Zusammenfassung: Die Geltung des Grundgesetzes . . . . .	30
<b>Teil II: Staatsstrukturprinzipien und Staatszielbestimmungen . . . . .</b>	<b>32</b>
§ 15 Strukturprinzipien als verfassungsrechtliche Grundentscheidungen. .	32
§ 16 Demokratie . . . . .	33
I. Demokratietheoretische Überlegungen . . . . .	33
1. Demokratie als Element der antiken Staatsformenlehre . . . .	33
2. Staatstheoretische Rechtfertigung der Demokratie als Staats-	
form. . . . .	34
3. Notwendige Eigenschaften der demokratischen Staatsform. .	35
a) Gleiche staatsbürgerliche Mitwirkungsrechte . . . . .	35
b) Demokratisch legitimates Repräsentativsystem. . . . .	36
c) Transparenz der staatlichen Entscheidungsverfahren. . . .	37
d) Mehrheitsprinzip . . . . .	37
e) Demokratischer Minderheitenschutz und rechtsstaatliche	
Anforderungen . . . . .	38
II. Einzelne Demokratietypen der Gegenwart. . . . .	39
1. Direkte und indirekte Demokratie . . . . .	39
2. Präsidiale und parlamentarische Demokratie . . . . .	40
3. Exekutive und legislative Demokratie . . . . .	40
4. Sog. „Räte-“ und „Volksdemokratien“ . . . . .	41
III. Die Elemente der Demokratiekonzeption des Grundgesetzes . .	42
1. Demokratisch legitimates Repräsentativsystem . . . . .	42
a) Repräsentative Demokratie . . . . .	42
b) Zulässigkeit von Abstimmungen. . . . .	42
c) Demokratische Legitimation . . . . .	43
2. Herrschaft auf Zeit . . . . .	44
3. Parlamentarismus, parlamentarische Demokratie und parla-	
mentarisches Regierungssystem . . . . .	44
4. Parteiendemokratie . . . . .	45
5. Mehrheitskontrolle im Rechtsstaat . . . . .	46
6. Anwendungsbereich des Demokratieprinzips . . . . .	46
§ 17 Republik . . . . .	47
I. Der Begriff der Republik . . . . .	47
II. Die Entscheidung des Grundgesetzes für die Republik . . . . .	48
§ 18 Rechtsstaat . . . . .	49
I. Formeller Rechtsstaat . . . . .	49
II. Materieller Rechtsstaat . . . . .	50
III. Synthese von formellem und materiellem Rechtsstaat im Grund-	
gesetz . . . . .	51
IV. Normative Ausgestaltung des Rechtsstaatsprinzips im Grund-	
gesetz . . . . .	51

V. Gewaltenteilung . . . . .	52
1. Der Begriff der Gewaltenteilung . . . . .	52
2. Gewaltenteilung als rechtsstaatliches Prinzip. . . . .	53
3. Gewaltenteilung im Grundgesetz . . . . .	54
a) Horizontale Gewaltenteilung . . . . .	55
b) Vertikale Gewaltenteilung . . . . .	57
VI. Die Bindung staatlicher Gewalt . . . . .	57
1. Bindung an Menschenwürde und Grundrechte (Art. 1 Abs. 1 u. 3 GG). . . . .	58
2. Bindung an die Verfassung . . . . .	58
3. Gesetzesbindung . . . . .	59
a) Gesetzesbindung der Verwaltung . . . . .	59
aa) Vorrang des Gesetzes. . . . .	59
bb) Der Vorbehalt des Gesetzes und die Wesentlichkeitstheorie . . . . .	59
(1) Eingriffsverwaltung . . . . .	61
(2) Leistungsverwaltung. . . . .	61
(3) Gesetzesvorbehalt und Parlamentsvorbehalt . . . . .	62
b) Gesetzesbindung von Rechtsprechung und Gesetzgeber. . . . .	62
4. Rechtsbindung. . . . .	63
5. Rechtsschutzanspruch als Effektuierung staatlicher Bindung; Staatshaftungsrecht . . . . .	64
VII. Rechtsstaatliche Prinzipien . . . . .	64
1. Verhältnismäßigkeitsprinzip . . . . .	64
2. Rückwirkung . . . . .	66
a) Strafrechtliches Rückwirkungsverbot (Art. 103 Abs. 2 GG). . . . .	67
b) Echte Rückwirkung („Rückbewirkung von Rechtsfolgen“, retroaktiv). . . . .	67
c) Unechte Rückwirkung („Tatbestandliche Rückanknüpfung“, retrospektiv). . . . .	67
3. Vertrauensschutz . . . . .	68
4. Bestimmtheitsgebot . . . . .	68
a) Unbestimmte Rechtsbegriffe und Ermessensnormen . . . . .	68
b) Verweisungen . . . . .	68
c) Verordnungsermächtigung . . . . .	69
d) Satzungermächtigung . . . . .	69
5. Rechtsstaatliche Anforderungen an das Strafrecht . . . . .	70
§ 19 Der Bundesstaat . . . . .	72
I. Begriff und Abgrenzung . . . . .	72
1. Bundesstaat und Einheitsstaat . . . . .	72
2. Bundesstaat und Staatenbund . . . . .	73
a) Souveränität. . . . .	73
b) Völkerrechtssubjektivität . . . . .	73
c) Selbstbestimmungsrecht der Partialvölker . . . . .	74
3. Bundesstaat und supranationaler Staatenverbund . . . . .	75

## Inhaltsverzeichnis

II. Der Bundesstaat des Grundgesetzes . . . . .	76
1. Der zweigliedrige Bundesstaat und sein Schutz durch Art. 79 Abs. 3 GG . . . . .	77
2. Homogenität von Bund und Ländern. . . . .	78
a) Aufteilung der Kompetenzen (Art. 30 GG). . . . .	79
b) Vorrang des Bundesrechts (Art. 31 GG). . . . .	80
c) Homogenitätsprinzip (Art. 28 Abs. 1 GG) . . . . .	80
3. Bundestreue und Bundeszwang . . . . .	81
a) Das Prinzip des bundesfreundlichen Verhaltens (Bundes- treue). . . . .	81
b) Bundeszwang (Art. 37 GG) . . . . .	82
4. Kooperativer Föderalismus . . . . .	82
5. Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Län- dern . . . . .	83
a) Gesetzgebungskompetenzen . . . . .	83
aa) Ausschließliche Gesetzgebungskompetenz . . . . .	84
bb) Konkurrierende Gesetzgebung . . . . .	85
(1) Gegenstände konkurrierender Gesetzgebung . . . .	85
(2) Erforderlichkeitsklausel des Art. 72 Abs. 2 GG . .	86
(3) Abweichungsgesetzgebung nach Art. 72 Abs. 3 GG. . . . .	88
cc) Grundsatzgesetzgebung . . . . .	88
dd) Ungeschriebene Gesetzgebungskompetenzen. . . . .	89
ee) Fortgeltung kompetenzgemäß erlassenen Rechts nach der Föderalismusreform . . . . .	90
b) Verwaltungskompetenzen . . . . .	91
aa) Bundesaufsichtsverwaltung. . . . .	92
bb) Bundesauftragsverwaltung . . . . .	92
cc) Bundeseigene Verwaltung. . . . .	94
(1) Obligatorische Bundesverwaltung . . . . .	94
(2) Fakultative Bundesverwaltung . . . . .	95
dd) Gesetzesfreie Verwaltung . . . . .	95
ee) Gemeinschaftsaufgaben und Mischverwaltung . . . .	95
c) Rechtsprechungskompetenzen . . . . .	96
d) Finanzkompetenzen. . . . .	97
aa) Vertikale Steuerverteilung, Art. 106 GG. . . . .	98
bb) Horizontaler Finanzausgleich, Art. 107 Abs. 1 GG . .	99
cc) Länderfinanzausgleich, Art. 107 Abs. 2 Satz 1 und 2 GG . . . . .	99
dd) Bundesergänzungszuweisungen, Art. 107 Abs. 2 Satz 3 GG . . . . .	99
6. Die Funktion der kommunalen Gebietskörperschaften. . . .	100
III. Der Bundesstaat des Grundgesetzes in der Europäischen Union.	101
§ 20 Sozialstaat . . . . .	103
I. Inhalt des Sozialstaatsprinzips als Strukturprinzip . . . . .	104
II. Sozialstaatliche Leistungsansprüche . . . . .	105
III. Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums . .	106

IV. Auslegungsprinzip .....	107
§ 21 Staatszielbestimmungen. ....	108
I. Allgemein .....	108
II. Natürliche Lebensgrundlagen (Art. 20a GG) .....	109
III. Tierschutz (Art. 20a GG) .....	110
IV. Europäische Integration (Art. 23 Abs. 1 Satz 1 GG) .....	110
V. Gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht (Art. 109 Abs. 2 GG) ...	112
VI. Tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung der Geschlechter (Art. 3 Abs. 2 Satz 2 GG) .....	112
VII. Gleichstellung der Behinderten (Art. 3 Abs. 3 Satz 2 GG) .....	113
<b>Teil III: Die Staatsorgane</b> .....	115
§ 22 Der Begriff des Staatsorgans .....	115
§ 23 Der Bundestag .....	117
I. Organteile .....	117
1. Präsident. ....	117
2. Präsidium .....	119
3. Ältestenrat .....	119
4. Ausschüsse .....	120
5. Abgeordnete .....	122
a) Beginn und Ende des Abgeordnetenamtes .....	123
b) Abgeordnete als Vertreter des gesamten Volkes, Grundsatz des freien Mandats .....	124
c) Rechte der Abgeordneten. ....	126
aa) Organschaftliche Rechte .....	126
bb) Persönliche Rechte der Abgeordneten .....	127
(1) Indemnität und Immunität .....	128
(2) Zeugnisverweigerungsrecht .....	128
(3) Weitere Rechte. ....	129
d) Pflichten der Abgeordneten .....	130
aa) Abgeordnetenpflichten. ....	130
bb) Inkompatibilitäten. ....	130
6. Fraktionen .....	131
a) Fraktionen als Organteile des Bundestags .....	132
b) Privilegien der Fraktionen, fraktionslose Abgeordnete. ...	132
c) Fraktionen im Rechtsverhältnis zu den Abgeordneten. ...	133
d) Fraktionen als rechtsfähige Vereinigungen im allgemeinen Rechtsverkehr .....	134
7. Gruppen. ....	134
8. Parlamentarische Opposition .....	135
II. Die Wahl zum Deutschen Bundestag. ....	135
1. Wahlen im repräsentativen parlamentarischen System .....	135
2. Wahlrechtsgrundsätze. ....	137
a) Die Allgemeinheit der Wahl .....	137
aa) Aktives Wahlrecht. ....	138
(1) Rechtliche Voraussetzungen. ....	138

(2) Ausübung des Wahlrechts . . . . .	140
bb) Passives Wahlrecht . . . . .	140
b) Die Unmittelbarkeit der Wahl . . . . .	141
c) Die Freiheit der Wahl . . . . .	143
d) Die Geheimheit der Wahl. . . . .	144
e) Die Gleichheit der Wahl . . . . .	145
aa) Wahlvorgang . . . . .	146
bb) Zählvorgang. . . . .	146
cc) Wertungsvorgang . . . . .	146
f) Die Öffentlichkeit der Wahl. . . . .	147
3. Das System der personalisierten Verhältniswahl, § 1 Abs. 1 Satz 2 BWahlG . . . . .	147
a) Mehrheitswahl (Personenwahl). . . . .	147
b) Verhältniswahl (Listenwahl). . . . .	148
c) Modifikationen und Kombinationssysteme . . . . .	148
d) Das Wahlsystem nach dem BWahlG . . . . .	149
aa) Wahl der Direktkandidaten in den Wahlkreisen . . . .	150
bb) Listenwahl . . . . .	151
cc) Ermittlung der Sitzverteilung/Auszählsystem . . . . .	152
(1) Auszählung der Wahlkreise und Ermittlung der Direktmandate (§§ 4, 5 BWahlG). . . . .	152
(2) Ermittlung des Verhältnisses der Zweitstimmen (§ 6 Abs. 1 Satz 1, 2 BWahlG). . . . .	153
(a) Die Sperrklausel. . . . .	153
(b) Die Grundmandatsklausel . . . . .	154
(3) Umwandlung der Zweitstimmenanteile in Bundes- tagsmandate (Sainte-Languë/Schepers) . . . . .	155
(4) Abzug der in einem Land errungenen Direkt- mandate (§ 6 Abs. 4 Satz 1 BWahlG) . . . . .	158
dd) Endgültige Stimmenverteilung (§ 6 Abs. 5–7 BWahlG) . . . . .	158
4. Wahlperiode, Grundsatz der Diskontinuität . . . . .	159
5. Rechtsschutz im Wahlrecht. . . . .	161
III. Zuständigkeiten des Bundestags. . . . .	165
1. Einleitung. . . . .	165
2. Wahlfunktion (Kreationsfunktion). . . . .	166
a) Wahl des Bundespräsidenten (Art. 54 GG). . . . .	166
b) Wahl des Bundeskanzlers (Art. 63 GG) . . . . .	166
c) Wahl der Richter des Bundesverfassungsgerichts (Art. 94 Abs. 1 Satz 2 GG). . . . .	166
d) Sonstige Wahlfunktionen des Bundestags. . . . .	167
3. Gesetzgebungsfunktion. . . . .	167
4. Mitwirkungs- und Zustimmungsfunktion. . . . .	168
a) Mitwirkung bei völkerrechtlichen Verträgen (Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG). . . . .	168
b) Mitwirkung in Angelegenheiten der Europäischen Union; Integrationsverantwortung des Bundestags . . . . .	169

c)	Feststellung des Haushaltsplanes durch Haushaltsgesetz (Art. 110 Abs. 2 Satz 1 GG) . . . . .	170
d)	Feststellung des Verteidigungsfalls (Art. 115a Abs. 1 Satz 1 GG) . . . . .	170
e)	Zustimmung zu militärischen Einsätzen der Bundeswehr. . . . .	170
5.	Selbstorganisation (Parlamentsautonomie) . . . . .	171
a)	Rechte des Bundestagspräsidenten . . . . .	172
b)	Wahl der Leitungsorgane . . . . .	172
c)	Geschäftsordnungsautonomie. . . . .	172
6.	Kontrollfunktion . . . . .	174
a)	Zitierrecht (Art. 43 Abs. 1 GG) . . . . .	175
b)	Frage-, Auskunfts- und Informationsrechte . . . . .	175
c)	Untersuchungsrecht. . . . .	178
aa)	Einsetzungsbeschluss; Befugnisse des Untersuchungsausschusses. . . . .	178
bb)	Zulässige Untersuchungsgegenstände. . . . .	179
cc)	Berücksichtigung von Grundrechten im Untersuchungsverfahren . . . . .	181
dd)	Ende des Untersuchungsverfahrens . . . . .	181
7.	Öffentlichkeitsfunktion. . . . .	181
8.	Beschlussorgan . . . . .	182
9.	Anklageorgan . . . . .	182
IV.	Verfahren . . . . .	182
§ 24	Der Bundesrat . . . . .	187
I.	Organe . . . . .	188
1.	Präsident und Präsidium. . . . .	188
2.	Mitglieder. . . . .	189
3.	Ausschüsse . . . . .	190
4.	Europakammer . . . . .	190
5.	Plenum . . . . .	191
II.	Stimmverteilung . . . . .	191
III.	Zuständigkeit. . . . .	192
IV.	Verfahren . . . . .	194
§ 25	Der Gemeinsame Ausschuss. . . . .	196
§ 26	Der Bundespräsident. . . . .	196
I.	Stellung von Organ und Amtsinhaber . . . . .	197
1.	Staatsoberhaupt. . . . .	197
2.	Amtsvoraussetzungen. . . . .	198
3.	Persönlicher Status. . . . .	198
4.	Amtszeit . . . . .	199
5.	Amtseid . . . . .	200
6.	Vertretung. . . . .	201
II.	Zuständigkeiten . . . . .	201
1.	Integrationsfunktion. . . . .	201
2.	Repräsentationsfunktion. . . . .	202
3.	Reservefunktion. . . . .	203

## Inhaltsverzeichnis

4.	Staatsnotarielle Funktionen und Prüfungsrecht . . . . .	204
a)	Ernennung und Entlassung der Mitglieder der Bundes- regierung und bestimmter Beamter . . . . .	205
b)	Mitwirkung im Gesetzgebungsverfahren . . . . .	205
aa)	Politisches Prüfungsrecht . . . . .	205
bb)	Formelles Prüfungsrecht. . . . .	205
cc)	Materielles Prüfungsrecht. . . . .	206
dd)	Ergebnis. . . . .	208
5.	Sonstige Funktionen. . . . .	209
III.	Gegenzeichnungspflicht. . . . .	209
§ 27	Die Bundesversammlung. . . . .	210
I.	Zusammensetzung . . . . .	210
II.	Wahl des Bundespräsidenten . . . . .	211
§ 28	Die Bundesregierung. . . . .	212
I.	Organe (Mitglieder) . . . . .	213
1.	Bundeskanzler. . . . .	214
2.	Bundesminister . . . . .	214
3.	Bundeskabinett . . . . .	215
4.	Staatssekretäre. . . . .	216
II.	Amtszeit . . . . .	216
1.	Bundeskanzler . . . . .	216
a)	Beginn der Amtszeit . . . . .	217
aa)	Verfahren nach Art. 63 Abs. 1, 2 GG . . . . .	217
bb)	Verfahren nach Art. 63 Abs. 3 GG . . . . .	217
cc)	Verfahren nach Art. 63 Abs. 4 GG . . . . .	218
b)	Ende der Amtszeit. . . . .	218
aa)	Konstruktives Misstrauensvotum nach Art. 67 GG. . . . .	219
bb)	Vertrauensfrage nach Art. 68 GG . . . . .	219
2.	Bundesminister . . . . .	222
III.	Organisation . . . . .	223
1.	Kanzlerprinzip. . . . .	223
2.	Ressortprinzip. . . . .	224
3.	Kollegialprinzip. . . . .	225
4.	Selbstorganisation . . . . .	225
5.	Koalitionsvereinbarung. . . . .	226
6.	Verwaltungsunterbau . . . . .	226
IV.	Zuständigkeiten . . . . .	227
1.	Regierungsfunktion . . . . .	227
2.	Verwaltungsfunktion . . . . .	228
3.	Rechtsetzungsfunktion . . . . .	228
§ 29	Das Bundesverfassungsgericht . . . . .	229
I.	Aufbau und Status . . . . .	229
II.	Zuständigkeiten . . . . .	230
III.	Prozessuale Grundsätze. . . . .	230
1.	Antragsprinzip. . . . .	231
2.	Zulässigkeit und Begründetheit des Antrags . . . . .	231



3. Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts. ....	231
IV. Verhältnis zu überstaatlicher Gerichtsbarkeit. ....	233
1. Das Verhältnis zum EuGH. ....	233
2. Das Verhältnis zum IGH. ....	234
3. Das Verhältnis zum EGMR. ....	234
§ 30 Die Parteien als Organe der Verfassung. ....	236
I. Funktion und verfassungsrechtliche Stellung der politischen Parteien. ....	236
1. Organisation und Vermittlung der politischen Willensbildung des Volkes. ....	236
2. Funktionsgerechter Verfassungsstatus. ....	237
a) Rechtliche Trennung von Staatsinstitutionen und Parteien. ....	237
b) Verfassungsprozessualer Sonderstatus. ....	238
II. Stellung und Aufbau der politischen Parteien. ....	239
1. Begriff der politischen Partei. ....	239
a) Vereinigung von Bürgern. ....	239
b) Ziel der politischen Einflussnahme. ....	240
c) Ernsthaftigkeit der Zielsetzung. ....	240
d) Inhalt der Zielsetzung. ....	241
2. Politische Betätigung. ....	241
3. Parteiverbot. ....	243
4. Innere Ordnung und Aufbau. ....	245
a) Rechtliche Vorgaben. ....	245
b) Demokratische Grundsätze. ....	245
c) Föderativer Aufbau. ....	245
d) Satzung und Programm. ....	245
e) Parteiorgane. ....	246
f) Beteiligung an privatwirtschaftlichen Unternehmen. ....	246
5. Parteifinanzen. ....	246
a) Finanzierung der politischen Parteien. ....	246
b) Transparenz. ....	247
<b>Teil IV: Die Staatsfunktionen. ....</b>	<b>249</b>
§ 31 Die Gesetzgebung. ....	249
I. Der Begriff des Gesetzes. ....	249
1. Der materielle Gesetzesbegriff. ....	250
2. Der formelle Gesetzesbegriff. ....	250
3. Der Gesetzesbegriff im Grundgesetz. ....	251
4. Normenhierarchie. ....	251
II. Das Gesetzgebungsverfahren für einfache Bundesgesetze. ....	252
1. Die Gesetzesinitiative (Art. 76 GG). ....	253
a) Gesetzesinitiative der Bundesregierung. ....	254
b) Gesetzesinitiative des Bundesrates. ....	255
c) Gesetzesinitiative des Bundestages. ....	256
2. Das Verfahren im Bundestag (Art. 77 Abs. 1 GG). ....	257

## Inhaltsverzeichnis

3. Die Mitwirkung des Bundesrates (Art. 77, 78 GG) . . . . .	259
a) Unterscheidung zwischen Einspruchs- und Zustimmungsgesetzen . . . . .	260
aa) Erstmalig erlassene Gesetze . . . . .	261
bb) Änderungsgesetze . . . . .	261
b) Das Vermittlungsverfahren und der Vermittlungsausschuss . . . . .	262
c) Beteiligung des Bundesrates bei Zustimmungsgesetzen . . . . .	263
d) Beteiligung des Bundesrates bei Einspruchsgesetzen . . . . .	264
e) Umdeutung einer verweigten Zustimmung in einen Einspruch . . . . .	266
4. Die Ausfertigung durch den Bundespräsidenten (Art. 82 Abs. 1 GG) . . . . .	267
5. Die Verkündung im Gesetzblatt (Art. 82 Abs. 1 GG) . . . . .	267
6. Das Inkrafttreten des Gesetzes (Art. 82 Abs. 2 GG) . . . . .	268
III. Das Gesetzgebungsverfahren für verfassungsändernde Gesetze . . . . .	268
IV. Das Verfahren beim Erlass von Rechtsverordnungen . . . . .	268
1. Rechtsverordnungen als Gesetzgebung durch die Exekutive . . . . .	268
2. Funktion. . . . .	269
3. Voraussetzungen und Rechtsfolgen . . . . .	269
a) Ermächtigungsadressaten. . . . .	269
b) Bestimmtheitsgrundsatz und Wesentlichkeitstheorie . . . . .	270
c) Anforderungen an die Rechtsverordnung. . . . .	271
d) Fehlerfolge . . . . .	272
§ 32 Die vollziehende Gewalt . . . . .	273
I. Trennung von Regierung und Verwaltung . . . . .	273
1. Regierung . . . . .	273
2. Verwaltung . . . . .	274
3. Trennung von Regierung und Verwaltung . . . . .	275
II. Die Ausgestaltung der Bundeseigenverwaltung. . . . .	275
1. Zuweisung der Organisationsgewalt . . . . .	276
2. Aufbau der Bundesverwaltung . . . . .	276
III. Die Bundeswehr . . . . .	277
§ 33 Die Rechtsprechung . . . . .	279
I. Definition und Abgrenzung . . . . .	280
II. Aufgabe der Rechtsprechung . . . . .	281
III. Organkompetenz der Gerichtsbarkeit . . . . .	281
IV. Gerichtsbarkeit. . . . .	282
1. Verfassungsgerichtsbarkeit . . . . .	282
2. Fachgerichtsbarkeit . . . . .	282
V. Rechtlicher Status des Richters. . . . .	283
§ 34 Auswärtige Gewalt . . . . .	285
I. Art. 32 Abs. 1 GG als allgemeine Regelung der Verbandskompetenz. . . . .	285
II. Abschluss und Transformation völkerrechtlicher Verträge . . . . .	285
1. Der Abschluss völkerrechtlicher Verträge . . . . .	286

2. Transformation des völkerrechtlichen Vertrages . . . . .	287
III. Die Beteiligung an internationalen Einrichtungen . . . . .	287
IV. Die Mitwirkung an der Europäischen Integration . . . . .	289
1. Der Prozess der Europäischen Integration . . . . .	290
2. Kompetenzen und institutioneller Aufbau der Europäischen Union . . . . .	291
3. Die verfassungsrechtliche Ausgestaltung der Mitwirkung an der Europäischen Integration . . . . .	292
V. Zusammenfassung . . . . .	295
 Teil V. Übersichten – Schemata – Definitionen . . . . .	 297
A. Übersichten . . . . .	298
Übersicht 1: Der Staatsbegriff (Drei-Elemente-Lehre) . . . . .	298
Übersicht 2: Strukturprinzipien und Staatszielbestimmungen . . . . .	299
Übersicht 3: Das Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland . . . . .	299
Übersicht 4: Zuständigkeiten des Bundestags . . . . .	300
Übersicht 5: Die Wahl des Bundeskanzlers . . . . .	301
Übersicht 5a: Das Mehrheitsprinzip im GG . . . . .	302
Übersicht 6: Normenhierarchie . . . . .	303
Übersicht 7: Gesetzgebungskompetenzen im Bundesstaat . . . . .	304
Übersicht 8: Gesetzgebungsverfahren . . . . .	305
Übersicht 9: Die Gewaltenteilung nach dem Grundgesetz . . . . .	311
Übersicht 10: Verwaltungsfunktionen . . . . .	312
Übersicht 11: Vollzug von Gesetzen . . . . .	313
Übersicht 12: Justiz/Gerichtsbarkeit . . . . .	314
B. Schemata . . . . .	315
Schema 1: Verfassungskonformität eines formellen Bundesgesetzes . . . . .	315
Schema 2: Verfassungskonformität einer Rechtsverordnung des Bundes . . . . .	315
Schema 3: Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (Überblick) . . . . .	316
Schema 4: Organstreitverfahren . . . . .	317
Schema 5: Abstrakte Normenkontrolle . . . . .	318
Schema 6: Bund-Länder-Streit . . . . .	319
Schema 7: Verfassungsbeschwerde . . . . .	319
Schema 8: Konkrete Normenkontrolle . . . . .	320
C. Problemkreise . . . . .	321
I. Das Gesetzgebungsverfahren im Bundestag . . . . .	321
1. Die sog. „verkappte Regierungsvorlage“ . . . . .	321
2. Die Gesetzesvorlage durch einen einzelnen Abgeordneten . . . . .	321
3. Folgen eines Verstoßes gegen Art. 76 Abs. 2 GG . . . . .	322
4. Verstoß gegen Vorschriften der GOBT (Bsp.: § 78 Abs. 1 Satz 1 GOBT) . . . . .	322
II. Die Beteiligung des Bundesrates am Gesetzgebungsverfahren . . . . .	323
5. Reichweite der Zustimmungsbefähigung . . . . .	323

## **Inhaltsverzeichnis**

6. Uneinheitliche Stimmabgabe im Bundesrat . . . . .	323
7. „Zustimmungsverweigerung bei Einspruchsgesetz“ . . . . .	324
III. Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens . . . . .	324
8. Prüfungsrecht des Bundespräsidenten. . . . .	324
IV. Verfassungsfragen der Wahl zum Deutschen Bundestag . . . . .	325
9. Verfassungsmäßigkeit der 5 %-Sperrklausel (§ 6 Abs. 1 Satz 1 BWahlG). . . . .	325
10. Verfassungsmäßigkeit der Grundmandatsklausel (§ 6 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 BWahlG). . . . .	325
V. Sonstige Problemkreise . . . . .	325
11. Die Rückwirkung von Gesetzen . . . . .	325
12. Verfassungsprozessuale Stellung von Parteien . . . . .	326
D. Definitionen . . . . .	327
Stichwortverzeichnis . . . . .	331